

Land geworden ist, keine Frage, daß die auswärtige Politik den Primat in der Gesamtpolitik hat. Aber andererseits gibt es auch kein Gebiet in der gesamten Verwaltung, auf dem die Provisorische Volkskammer so sehr genötigt ist, sich auf die Bestellung der Regierung und auf eine nachträgliche Kontrolle ihrer Maßnahmen zu beschränken. Hier liegt es anders als in Wirtschaft und Kultur. Dort müssen alle Maßnahmen vorher in möglichst breiter Öffentlichkeit und jedenfalls von den verschiedenen Stellen der Volkskammer gründlich erörtert werden, und gerade meine Fraktion hat dies stets betont und wird nicht müde werden, immer wieder darauf hinzuweisen.

Anders liegt es bei den Fragen der auswärtigen Politik. Hier ist es nicht möglich, die Vorhaben öffentlich zu zerreden. Erst nachträglich können die wichtigen Maßnahmen zur Erörterung in der Volkskammer kommen. Aber um so wichtiger ist die nachträgliche Kontrolle. Sie dient nicht etwa der Befriedigung einer begreiflichen Neugier der Öffentlichkeit oder einem parlamentarischen Geltungsstreben, sondern sie dient der Ausrichtung unserer künftigen Politik. Die Verantwortung für die Außenpolitik liegt bei der Volkskammer, und niemand kann sie ihr abnehmen. Die Erörterung des Erreichten ist daher die Vorbereitung der nächsten Schritte der Regierung. Keine politische Maßnahme ist isoliert zu betrachten. Richtige Gleisstellung verbürgt den rechten Weg. Wir meinen die Zukunft, wenn wir vom Vergangenen sprechen.

Die öffentliche Aussprache ist aber noch aus zwei anderen Gründen außerordentlich wichtig. Unsere Republik kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie vom Vertrauen der Bevölkerung getragen ist, nicht von einem blinden Vertrauen, wie wir es in der Nazizeit erlebt haben: „Führer befiehl, wir folgen“, — und wenn es sein muß, bis Auschwitz oder bis Stalingrad. Nicht dieses blinde Vertrauen meinen wir, sondern das Vertrauen, das auf die Einsicht in die Richtigkeit der Politik gegründet ist.

Und noch unter einem anderen Gesichtspunkt sind Tage wie der heutige von großer Bedeutung. Das Ausland will wissen, wie die Bevölkerung zur Politik der Regierung steht. Die Wechsel, die die Regierung ausstellt, hat das Volk zu bezahlen. Werden sie eingelöst werden oder gehen sie zu Protest? Das sind die berechtigten Fragen des Auslandes. Unsere hohen Gäste werden uns oder haben uns mit dem Bewußtsein verlassen, daß unsere Delegation wirklich pro cura des ganzen deutschen Volkes in der Deutschen Demokratischen Republik gehandelt hat.

(Beifall)

Aus allen diesen Gründen ist meine Fraktion, die ja immer die Verantwortung der Volkskammer für das Schicksal des Landes sehr ernst nimmt, der Regierung außerordentlich dankbar dafür, daß die heutige Sitzung ganz oder doch zum größten Teil unter das Zeichen einer großen Aussprache über die auswärtige Politik der Deutschen Demokratischen Republik gestellt ist. Sie dankt den beiden Vortragenden, Herrn Stellvertretenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht und Herrn Minister Dertinger, für die einleitenden Ausführungen, die uns in die Lage versetzten, uns eingehender mit all dem, was geschehen ist und weiterhin geschehen wird, auseinanderzusetzen.

Meine Damen und Herren! Was fordert auf dem Gebiet der auswärtigen Politik die Bevölkerung von der Volkskammer? Was fordern wir von unserer Regierung? Die Zahl der Wünsche ist naturgemäß groß. Sie betreffen zum größten Teil Wohlstand und Gesittung. Aber für alle Wünsche, die wir haben, ist die Grundvoraussetzung die Erhaltung und Sicherung des Friedens.

(Beifall)

Wir danken der Regierung dafür, daß sie das in vollem Umfange erkannt hat. Wir sind davon überzeugt, daß die Geschichte über die Provisorische Volkskammer und über die Provisorische Regierung Otto Grotewohl das Urteil danach fällen wird, ob mit unserer Amtszeit der Friede vorangekommen ist oder nicht.

Was kann nun, was konnte bisher für den Frieden geschehen? Es gibt viele im Deutschland jenseits der Zonengrenze, aber auch bei uns, die an eine Neutralitätspolitik denken. Aus Geschichte und Gegenwart können sie auf Fälle hinweisen, wo ein Volk bei einer solchen nicht übel fuhr. Aber das sind Völker, die in einer anderen Situation lebten oder leben, als es die unsere ist. Nur Völker, die die Stärke haben, daß sie ihre Neutralität zur Not verteidigen können, ohne daß sie darum Großmächte sein müssen, können unbedenklich eine Neutralitätspolitik treiben. Wir aber sind entwaffnet, und wir wollen uns auch nicht zu diesem Zwecke etwa aufüsten lassen. Infolgedessen kann, von diesem Gesichtspunkt aus gesehen, eine Neutralitätspolitik bei uns nicht Platz greifen.

Es gibt noch einen anderen Fall, der eine solche ermöglicht, nämlich den der völligen Bedeutungslosigkeit oder der geographischen Abgelegenheit. Auch dies ist nicht unser Fall. Mitten in Europa gelegen, sind wir Jahrhunderte hindurch Brennpunkt der Politik gewesen. Wenn wir auch auf vielen Gebieten, nicht nur auf dem Gebiet der Waffen, schwach geworden sind, so ist die Bedeutung Deutschlands doch auch heute noch so groß, daß von diesem Gesichtspunkt aus Neutralitätspolitik für uns nicht tunlich ist.

Bleibt ein letzter Gesichtspunkt, nämlich der, daß die fremden Völker ein Interesse daran haben, ein Volk zu neutralisieren. Auch das ist nicht unser Fall. Die Großmächte denken nicht daran, Deutschland eine solche isolierte, privilegierte Stellung einräumen zu wollen. Infolgedessen ist der Gedanke an eine Neutralitätspolitik für Deutschland abwegig.

(Sehr richtig!)

Es ist also notwendig, daß Deutschland einen Anschluß an andere Mächte sucht. Das ist Deutschlands Aufgabe Jahrzehnte, ja eigentlich Jahrhunderte hindurch gewesen. Die Neigungen und die Ansichten sind zeitweilig verschieden gewesen. Für unsere Zeit scheint meiner Fraktion die Sache völlig klar zu sein. Es gibt zur Zeit nur zwei wesentliche Orientierungen, eine westliche und eine östliche. Anhänger der westlichen Orientierung gibt es im deutschen Westen zahlreich, hat es auch wohl hier und da im Osten gegeben. Diesen Leuten muß gesagt werden, daß, wo versucht worden ist, eine Anlehnung an den Westen zu finden, diese Anlehnung sich nicht als Stütze erwiesen hat, ja, daß sie meist von vornherein zurückgewiesen wurde.

Die meisten von Ihnen werden ein Bismarckwort kennen: Als in Gegenwart Bismarcks darüber gestritten wurde, ob man sich an England oder an Rußland anlehnen solle, und die Argumente hin und her gingen, da sprach er ein gewichtiges Wort aus, indem er sagte: „Die Engländer wollen sich ja von uns nicht lieben lassen.“ Die Folgezeit hat durchaus gezeigt, daß dem so ist. Jeder Anbiederungsversuch nach dem Westen ist fehlgegangen, und das gilt nicht nur von den Engländern, es gilt auch von den Amerikanern. Viele von uns, die in Thüringen und Sachsen-Anhalt auch die amerikanische und englische Besatzungszeit erleben mußten, haben ihre Erfahrungen auf diesem Gebiete gemacht. Nur die Sowjetunion hat uns ihre Freundeshand entgegengestreckt.

(Beifall)

Das ist ein geschichtliches Ereignis, das keineswegs selbstverständlich war. Wenn wir an die Zeit von 1941